

betulich gespreizte „Ja,“ am Anfang, „ja“ in der Mitte eines Satzes (Hunderte Mal), weniger häufig das konträre „Nein,“, „Gott sei Dank“ (S. 252, 295) und „leider“ (S. 344); unnötige Regieanweisungen („Mir will scheinen“, „Wie wir uns erinnern“, „Wir erinnern uns“, „wie wir sahen“), gelegentlich inhaltsarme Allerweltsverben („führte zu“, „kam zu“, „darstellte“); schleppende und überflüssige, weil leicht in dynamische Aktiva umzuwandelnde, Passivkonstruktionen – alles das und manches mehr mindert die Leselust, lenkt auf Dauer vom großartigen Inhalt ab, ließe sich in einer hoffentlich zweiten Auflage zur bekömmlicheren Lektüre verbessern.

Immanuel Geiss

Marie-Luise Recker (Hrsg.): Parlamentarismus in Europa. Deutschland, England und Frankreich im Vergleich (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 60), Oldenbourg Verlag, München 2004, 232 S.

Der vergleichende Blick auf den westeuropäischen Parlamentarismus ist so alt wie das parlamentarische System selbst.¹ Er behält aber auch eine bemerkenswert ungebrochene Attraktivität nicht nur in der Geschichts-, sondern bis weit in die europäischen Sozialwissenschaften hinein, die z.B. vor dem Hintergrund einer aufwendigen Empirie die Geschichte des europäischen Parlamentarismus seit 1848 als Geschichte zunehmend inklusiver parlamentarischer Rekrutierungsverfahren in den einzelnen europäischen Staaten aufrollen.² Der anzuzeigende Sammelband, Produkt eines Kolloquiums im

Historischen Kolleg von 2002, gehört in diesen doppelten Kontext. Daß er über die – freilich durchaus hellsehtigen – zeitgenössischen Analysen aus dem 19. Jh. weit hinausreicht, durfte allemal erwartet werden. Daß er auf einem von geschichts- wie politikwissenschaftlichen Forschungsbeiträgen immer dichter besetzten Feld zum Thema noch einmal interdisziplinäre Akzente setzt, zeichnet ihn besonders aus.

In einer Serie von zehn Beiträgen deckt der Band pointillistisch den breiten Beobachtungszeitraum von über einem Jahrhundert zwischen 1871 und den 1990er Jahren ab, und stellt die historischen Spielarten des Parlamentarismus im Deutschen Kaiserreich, der Weimarer Republik, der Bundesrepublik und der DDR sowie im Frankreich der späten III., knapp auch der IV. und besonders der V. Republik sowie zuletzt im Großbritannien seit den sechziger Jahren vor. Am einlässlichsten verlegt sich der Band fast in der gesamten ersten Hälfte auf den deutschen Parlamentarismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Der interdisziplinäre Anspruch des Bandes wird dabei durchaus akribisch umgesetzt, indem die Beiträge exakt hälftig aus der Feder von Historikern und Politikwissenschaftlern stammen, in jedem Falle ausgewiesene Experten auf dem Themengebiet ihrer jeweiligen Beiträge.

Gleich zu Beginn löst *Andreas Biefang* den Anspruch des Sammelbandes ein, neuere Forschungsimpulse abzubilden, indem er für den Parlamentarismus im Deutschen Kaiserreich während der Bismarckzeit nicht primär Kompetenz- und Institutionenarrangements, sondern eine „politischen Kul-

tur“ veranschlagt, wie sie in der ikonographischen Präsenz und architektonischen Gestaltung des ersten provisorischen Berliner Reichstagsgebäudes in der publizistischen Öffentlichkeit der Zeit zum Ausdruck kam. Im zurückhaltenden Einsatz monarchische Symbole erkennt *Biefang* ungeachtet der funktionalen Randständigkeit des parlamentarischen Entscheidungsgremiums alle Indizien dafür, daß Teile der deutschen Öffentlichkeit ein vom autoritär-monarchischen Machtstaat durchaus distanzierter Selbstbild propagierten, aus dem parlamentarisches Selbstbewußtsein sprach.

Marcus Kreuzers politikwissenschaftlicher Blick fällt anschließend auf die parlamentarische Qualität des deutschen Kaiserreichs vor dem Hintergrund erstens einer intensiven Diskussion der geschichts- wie politikwissenschaftlichen modernen Forschungsliteratur und zweitens eines systematisch-synchronen internationalen Vergleichs. Kreuzer erteilt hier einer überholten, an einem britischen Idealtypus orientierten Sonderwegthese noch einmal eine beredete Absage und führt vor, wie zumindest nicht das verfassungsrechtliche Reglement der Reichsverfassung auf ein parlamentarisches Defizit in der deutschen Entwicklung schließen läßt.

Der Krisenphase des deutschen Parlamentarismus vor dessen endgültigem Bankrott angesichts des aufziehenden Faschismus gilt die Aufmerksamkeit der beiden folgenden geschichtswissenschaftlichen Beiträge. *Andreas Wirsching* greift aus der breiten Palette von Weimarer Strukturdefiziten die Hypothese von einer weithin undemokratischen Verfaßtheit der Weimarer Gesellschaft auf, in der er neben der

Unfähigkeit zu Interessenbündelung und Kompromiß die eigentliche Ursache für das Versagen der Parteien als zentralen Akteuren der parlamentarischen Ordnung erkennt. Die Unfähigkeit der Parteien zum regelmäßigen Wechsel homogener rechter und linker Regierungsbündnisse respektive zur Wahrnehmung konstruktiver, systemloyaler Opposition haben demzufolge mehr als das Unvermögen zur Bildung Großer Koalitionen das parlamentarische System von Weimar funktional überdehnt und im Kontext der zahlreichen übrigen „historischen Vorbelastungen“ (S. 63) zu Fall gebracht. *Wolfram Pyta* weitet die Perspektive nach der präsidentiellen Seite im Weimarer Institutionenarrangement. Mindestens ebenso sehr wie in der sich wandelnden „gesellschaftlichen und kulturellen Verfaßtheit der Weimarer Republik“ (S. 67) findet er im „personellen Faktor“ (S. 67) an der Staatsspitze maßgebliche antiparlamentarische Hypothesen: Die unterschiedliche politische Disposition der Amtsträger Ebert und Hindenburg und die zügige autoritäre „Charismatisierung“ (S. 68, 81) der Präsidialmacht mit dem Ziel extraparlamentarischer Legitimationsstiftung unter Hindenburg werden hier als Primärsachen für die Deformierung des Parlamentarismus ausgewiesen.

Von den beiden folgenden auf den Anschauungsfall Frankreich bezogenen historischen und politikwissenschaftlichen Beiträgen befaßt sich zuerst *Manfred Kittel* mit Erfolg und Krise des französischen Zwischenkriegsparlamentarismus der ausgehenden Dritten Republik und verleiht dem französischen in Abgrenzung vom deutschen Fall punktuell vergleichend Kontur: der Niedergang des französischen Par-

lamentarismus erfolgte demnach im Zuge einer „legislativen Funktionsabgabe“ und „Verordnungspraxis“ (S. 113), die sich allerdings anders als in Weimar keinem fundamentalen „antiparlamentarischen Affekt“ (S. 114) breiter Mehrheiten, sondern der „ökonomischen Depression“ (S. 116) und den Modernisierungsdefiziten in den 30er Jahren verdankten. Den politischen Todesstoß erhielt der französische Parlamentarismus Kittel zufolge weniger durch innere Systemfehler als durch die Hitler-deutsche Invasion (S.88/9, 119), die eine tief verankerte republikanische Denktradition nur temporär überrollte, ohne sie dauerhaft auszulöschen. *Adolf Kimmel* zieht die Chronologie der französischen Parlamentarismusgeschichte bis in die 1990er Jahre aus und zeigt nach einem kurzen Exkurs zur Vierten Republik, wie die Debré'sche bzw. de Gaulle'sche Verfassungsordnung der Fünften Republik geringe Fraktionsdisziplin und häufige Regierungswechsel durch eine starke disziplinarische Gängelung der Nationalversammlung im Sinne des „rationalisierten Parlamentarismus“ durch eine mächtige Präsidialgewalt unterband. Zugleich sieht er unter de Gaulles Nachfolgern den Handlungsspielraum der Assemblée Nationale ausgedehnt.

In seinem Großbritannien gewidmeten politikwissenschaftlichen Beitrag bezieht *André Kaiser* gegen die vielfach formulierte These der „Präsidentialisierung“ des britischen Parlamentarismus Stellung. Für den Zeitraum zwischen den 60er Jahren bis heute erläutert er, daß zahlreiche Indizien – ähnlich wie im französischen Fall – statt dessen für eine schleichende Revitalisierung parlamentarischer Kontroll-

funktionen des House of Commons sprechen. Aus vergleichender Sicht hält Kaiser eine derartige Entwicklung für einen international repräsentativen Prozeß der Anpassung an wachsende Effizienz- und Professionalisierungsforderungen, denen sich Parlamente in den globalen Massendemokratien verstärkt ausgesetzt sehen.

Den Band beschließt eine Sequenz von drei Beiträgen, von denen sich der erste aus historischer, die beiden letzten aus politikwissenschaftlicher Perspektive dem deutschen Fall in der Periode nach 1945 zuwenden. *Marie-Luise Recker* prüft zunächst den Kompetenzumfang und die institutionelle Einbettung des Deutschen Bundestages. In einem innerdeutsch auf die Absetzung gegen Weimar angelegten Vergleich arbeitet sie heraus, wie das deutsche Parlament – der von Adenauers Nachfolgern unterschiedlich intensiv gewährten Zentralität des Kanzleramts zum Trotz – seiner Arbeitsweise und seinem demokratischen Selbstverständnis zufolge rasch zu seiner Rolle als Stabilisator der politischen Ordnung fand. *Heinrich Oberreuter* rollt die zeitgenössischen parlamentarismus- und demokratietheoretischen Diskussionen der 60er und 70er Jahre auf, die überwiegend der außerparlamentarischen Opposition dazu dienten, die Überwindung des bestehenden Parlamentarismus zu fordern. In der Fähigkeit der Institution Bundestag, sich von der Kritik zumindest zu einer partiellen funktionalen Optimierungen anleiten zu lassen und sich zugleich systemfeindlichen Anwürfen demokratisch selbstbewußt zu entziehen erkennt *Oberreuter* seinerseits ein Stabilitätsindiz. *Uwe Thaysen* fragt am Ende, ob die deutsche Parlamentarismus-

geschichte im Kontext der deutsch-deutschen Systemvereinigung einen Bruch erlitt und greift dazu aus der umfangreichen Schar relevanter Entscheider besonders die „Akteure in der DDR“ (S. 198) und ihre politischen Erwartungen an das gesamtdeutsche System heraus. Die Zäsurerfahrung blieb *Thaysen* zufolge in der Tat weitgehend auf die Bürger der ehemaligen DDR beschränkt, die freilich weder geschlossen mit einem alternativen Parlamentarismuskonzept angetreten waren noch sich im Vorfeld der Wiedervereinigung 1990 mehrheitlich vom bundesrepublikanischen Parlamentarismus distanzieren hatten.

So beeindruckend sich die Beiträge einzeln und in ihrer Summe ausnehmen, so sehr fällt auf, daß eher ein kleinerer Teil der Beiträge tatsächlich vergleichend verfährt. Der angekündigte „syn- und diachrone Vergleich“ (S. X) wird am intensivsten in der Einleitung geleistet. Auch hier bleibt die definitorische Diskussion des „Parlamentarismus“-Begriffs für das 19. und 20. Jh. aus politik- oder geschichtswissenschaftlicher Perspektive aber zurückhaltend und wird kein Kriterienkatalog entworfen, der einem systematischen Vergleich hätte zugrundegelegt werden können.³ Dieser Umstand verwundert einmal mehr, da zu den transdisziplinären Bilanzen des Bandes an zentraler Stelle die Erkenntnis zählt, daß sich der Parlamentarismus als historisches Phänomen wesentlich über die spezifische Beschaffenheit des 'Verfassungs- und Regierungssystems' statt über sozio-ökonomische und kulturell-mentale Kontexte beschreiben läßt (S. XIV). Darüber hinaus verleihen sechs der insgesamt zehn Beiträge dem Band ein im Titel nicht ausgewiesenes deutsches

Übergewicht, während der britische Fall gerade mit einem Beitrag vertreten wird.

Dessenungeachtet erreicht der Sammelband am Ende zwei zentrale Ziele, mit denen er angetreten ist: Für die „gut erforschten“ westeuropäischen Parlamentarismen formulieren die Einzelstudien zweifellos 'valide Aussagen zu Bauformen und Strukturmerkmalen, Krisensymptomen und Entwicklungschancen des Parlamentarismus in Europa' (vgl. S. X) und beziehen dabei kulturgeschichtliche Ansätze (vgl. S. IX) in ein interdisziplinäres Untersuchungs-Panorama ein. Damit wird nichts weniger als eine substantielle Zwischenbilanz angeboten, die den Parlamentarismusvergleich in Zukunft befruchten kann. Als Desiderate werden zuletzt erstens die Ausweitung des Vergleichs auf wichtige westeuropäische Anschauungsfälle wie etwa die Schweiz oder Italien und v. a. auf Ostmitteleuropa, zweitens die Ermittlung der Ursachen für die auffällige evolutionäre Konvergenz der parlamentarischen Systeme bis ins 20. Jh. und schließlich drittens der transdisziplinäre Dialog über angemessene Analyseverfahren ausgewiesen (S. X). Damit gibt der Band die zentralen Richtungen vor, in die sich die komparatistische Parlamentarismusforschung wenden müssen.

Helke Rausch

- 1 Vgl. aus der Fülle zeitgenössischer deutscher Voten des 19. Jhs R. von Mohl: Über die verschiedene Auffassung des repräsentativen Systems in England, Frankreich und Deutschland, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 3 (1946), 451-95.
- 2 Vgl. H. Best, M. Cotta (Hrsg.): Parliamentary Representatives in Europe,

- 2 Vgl. H. Best, M. Cotta (Hrsg.): *Parliamentary Representatives in Europe, 1848–2000*, Oxford, New York 2000.
- 3 Vgl. klassische Definitionsangebote nach wie vor bei K. von Beyme: *Die parlamentarischen Regierungssysteme in Europa*, München ²1973, hier S. 40–48; U. von Alemann: *Art. Parlamentarismus, Demokratien*, in: *Wörterbuch Staat und Politik*, Bonn 1991, S. 437–442; AWirsching: *Parlament und Volkes Stimme. Unterhaus und Öffentlichkeit im England des frühen 19. Jh.s*, Göttingen, Zürich 1990, hier u. a. S. 24.

Wolfgang Engler, Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft, Aufbau-Verlag, Berlin 2005, 416 S.

Wolfgang Engler, der mit seinen essayhaften Studien zu den Ostdeutschen und zu Ostdeutschland nach der Wende als Kultursoziologe und Ästhetiker von der Schauspielhochschule Ernst Busch (Berlin-Weißensee) aus schon Duftmarken auch in den öffentlichen Diskurs ausgesandt hat¹, hat nunmehr weitere Signale gesetzt; diese, in Gestalt des zu besprechenden Buches, sind auf den ersten Seiten der Frühjahrsbuchbeilagen (Sachbücher) 2005 auch zur weiteren Multiplikation und breiteren Rezeption aufgestellt. Mit seinem an real-existierenden Dilemmata und Aporien des real-existierenden Postfordismus ansetzenden, dennoch hochgradig utopischen Denken hat Engler erneut einen gewichtigen erratischen Block in die von oft berechenbaren, weil eingefahrenen Diskursparteien parzellierte deutsche Meinungslandschaft plazierte. Die veröffentlichte Meinung nimmt den Band, der pasticciohaft Elemente verschiedener Gattungen kombiniert, eben-

so staunend, angeregt und gleichzeitig irritiert zur Kenntnis². Rein äußerlich kommt das Werk daher wie ein juristisches Lehrbuch: Es gliedert sich in 44 Paragraphen, die den kaum in Überschriften synthetisierbaren Oberthemen (Vom Arbeiter, vom Bürger und vom Menschen; der Grund der Existenz; die neue soziale Frage; die gestohlene Reform; politische Chirurgie oder Gleichheit als Geschwür der Gerechtigkeit; Staatsbürger, Kunde, Produzent) zugeordnet sind. Die Suggestion einer Systematik wird gebrochen durch die Vielzahl von Gattungen politischer Schriftstellerei, deren sich Engler bedient: Lexikonartikel, Polemik, Satire, Analyse, tagespolitischer Kommentar, Adornosche Apodiktik, Essay, utopisches Programm u. a. m. Diese Weißenseer Paragraphen-, Gattungs- und Gedankenschleuder unterläuft die Unarten akademischen Schnellesens, welches zugerichtet ist auf den Zweck einer Klassifizierungs- und Urteilssicherheit, die sich bloß auf die Lektüre von Einleitung und Schluß stützen zu können glaubt. Man muß sich durcharbeiten – wobei auch hier gilt: Das Überwinden von Hürden wird belohnt durch geistigen Gewinn. Diesen werde ich abschließend bilanzieren – nach einer kurzen Darstellung der von *Engler* verknüpften Teildiskurse.

Alle Teildiskurse führt *Engler* zu seinem konkreten politischen Anliegen: der Einführung eines Mindesteinkommens, das nicht mehr von den Prämissen einer Erwerbsarbeitsgesellschaft abhängt, sondern in Erfüllung eines Bürgerrechtes ausgezahlt wird. Er fordert ein sog. „Bürgergeld“. Der Funktionsmechanismus des fordistischen wie postfordistischen Kapitalismus, nämlich eine immer höhere Wert-